



Sonnabend, 25. Juni 1927.

Einzelnummer 25 Groschen

mit illustrierter Beilage 40 Gr.

66. Jahrgang. Nr. 142.

„Mache Geschäfte mit Leuten, die inserieren, denn diese sind intelligent“.
Benjamin Franklin.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werktagen.Postgeschäftskonto für Polen
Nr. 200 283 in Posen.

Fernsprecher: 6105, 6275.

Tel.-Nr.: Tageblatt Posen.

Bezugspreis monatlich bei der Geschäftsstelle 5.— zl. bei den Ausgabestellen 5.25 zl. durch Zeitungshoten 5.50 zl. durch die Post 5.— zl. ausschließlich Postgebühren, ins Ausland monatlich 4.— Goldmark einschließlich Postgebühr.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postgeschäftskonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.
Anzeigenteil 15 Groschen.

für die Millimeterzeile im Reklameteil 45 Groschen.

Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzelle (90 mm breit) 135 gr.

Auslandserate: 100% Aufschlag.

Stresemann über Genf.

Aussprache im deutschen Reichstag. — Was will Poincaré. — Die Antwort für den Denkmalsredner. — Die Ermordung Wojsows und Deutschland.

Berlin, 23. Juni. Der deutsche Reichstag steht wieder einmal im Beleben eines großen Tages. Die Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatenloge, auf den Pressetribünen sind die bekanntesten Gesichter zu sehen. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr pünktlich. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung über die auswärtige Politik, in Verbindung mit den Interpellationen der Regierungsparaden, der Sozialdemokraten und der Kommunisten über die außenpolitische Lage. Sogleich nach Eröffnung erhält der deutsche Reichsminister Dr. Stresemann das Wort, um die bereits mit grosser Spannung in der internationalen ebenso wie der deutschen Welt erwartete Erklärung abzugeben. Dr. Stresemann spricht in seiner bekannten Art, nur hat seine Erklärung besonders in Bezug auf Frankreich hin eine entschiedene und feste Note, die einen außerordentlich tiefen Eindruck macht.

„Ich begrüße es, daß die vorliegenden Interpellationen Gelegenheit geben zu einer Aussprache über die gegenwärtige außenpolitische Lage und über die Tagung von Genf. Die kommunistische Fraktion des Deutschen Reichstages glaubt in ihrer Interpellation, daß die Errörungen in den Zwischen und das Ziel gehabt hätten, Deutschland in die antisowjetrussische Front einzugliedern. Ich könnte mich in meiner Antwort auf das beziehen, was die russische „Zwestija“ zur Völkerbundtagung geagt hat. Sie erklärt, daß die Russen inzwischen Deutschland zu den antisowjetrussischen Plänen nicht erlangt werden könnten. Sie führt dazu aus, sie glauben nicht, daß dieser Stand eine Niederlage Deutschlands auf der Matschtagung bedeutet. Im Gegenteil habe Deutschland durch seinen Widerstand zweifellos auch volles Verständnis für seine Politik bei den übrigen Mächten gefunden und damit das politische Prestige Deutschlands in der Weltpolitik gestärkt.“

Es versteht sich von selbst, daß wir in dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen

England und Sowjetrussland

nicht irgendwie kritische Stellung nehmen, sondern daß wir ihn außerordentlich bedauern. Ich glaube, daß wir die Möglichkeit einer derart vertrauensvollen Aussprache, wie sie jetzt in Genf stattgefunden hat, auf das wärmste begrüßen können. Von einer frigerichtigen Außenpolitik könnte überhaupt nicht die Rede sein, wenn nicht in den Grundsätzen, die für sie festgelegt sind, dann und wann Umstände eintreten, bei denen sie vielleicht praktische Bedeutung gewinnen. Die ganze Stellungnahme der Reichsregierung hat allerdings nicht gehindert, daß in den verschiedensten Formen Zweifel laut geworden sind, ob im Ausland Verständnis für Sinn und Aufrichtigkeit unserer Politik gewonnen werden könnte und damit die Möglichkeit, sie auch praktisch auszuüben. Ich kann auf Grund der Genfer Besprechungen derartigen Zweifeln aufs neue mit aller Gewissheit entgegentreten und feststellen, daß keinerlei Bemühungen stattgefunden haben, die darauf abzielen, uns von unserer Außenpolitik abzudrängen, daß im Gegenteil die Genfer Unterhaltungen dazu beigetragen haben, Zweck und Ziel unserer Politik weiter zu klären und gegenüber Angriffen dafür Verständnis und Anerkennung zu finden.

Es ist ganz klar, daß alle Meliorationen von einer Koalition gegen Sowjetrussland und einer Antisowjetrusslandfront hinfällig sind.

Ich kann jedenfalls auf das bestimmteste sagen, daß mir von einer bestehenden Koalition nichts bekannt geworden ist, daß ich vielmehr der Überzeugung bin, daß alle in Betracht kommenden Staaten volle Freiheit ein bei ihrem Verhältnis zu Russland haben, um dieses Verhältnis selbstständig und nach Maßgabe ihrer individuellen Interessen zu bestimmen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit über

unser eigenes Verhältnis zu Sowjetrussland

folgendes sagen: Der oberste Grundsatz jeder internationalen Politik ist die Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Wenn sich daraus die Selbstverständlichkeit ergibt, daß für uns eine Intervention irgend welcher Art in innere Angelegenheiten des russischen Regimes nicht in Betracht kommen kann, so ergibt sich andererseits daraus ebenso selbstverständlich, daß wir genau so, wie wir es in der Vergangenheit getan haben, allen Versuchen mit größter Stärke entgegentreten müssen, die sich von außen her gegen unsere eigene Staatsordnung richten.

In Übereinstimmung mit anderen Staaten wehren wir uns gegen weltrevolutionäre Propaganda. Das ist nicht die Folge einer ausdrücklichen Vereinbarung, sondern eine rein tatsächliche Folge des allen Staaten gemeinsamen Gesetzes der Selbstbehaltung. (Unruhe bei den Kommunisten; lebhafte Rufe sehr richtig! bei den anderen Parteien.) Das hat aber mit sozialrevolutionären Bemühungen nichts zu tun, wie ja auch die von uns mit Sowjetrussland abgeschlossenen Verträge zeigen, die, soweit diese Verträge sich deuten lassen, lediglich durch unsere eigenen Interessen bestimmt sein müssen. Uns interessiert es besonders, für eine Gefundung der wirtschaftlichen Verhältnisse und friedliche Entwicklung einzutreten. Es ist nicht zu verleugnen, daß die Fortdauer des augenblicklichen Zustandes eine Belastung des europäischen Friedens bedeutet, und deshalb ist alles zu tun, was nach der einen oder anderen Seite hin zu wollen, was zu einer Verhinderung der Atmosphäre und zu einem Ausgleich beitragen kann. Diese Weisheit hatten auch die Besprechungen, die in der sogenannten

Sechsmächtenkonferenz

stattgefunden haben. Über diese Besprechung ist im englischen Parlament bereits eine Erklärung abgegeben worden. Auf eine Frage hat der englische Unterstaatssekretär erklärt, daß keine Verpflichtung von irgend einem Staat übernommen werden darf. Das trifft auch für Deutschland zu. Unsere Lage verlangt, daß wir tatsächlich eine Verpflichtung mit allen Völkern, die wir könnten, gar nicht irgend eine Sicherheit haben für die Verpflichtungen, die auf uns ruhen, wenn wir damit rechnen wollten, daß ein großes, mächtiges Wirtschaftsgebiet wie Deutschland abgespalten werden soll von den Wirtschaftsbeziehungen mit Sowjetrussland.

Unsere staatliche Auffassung steht im stärksten Gegensatz zu derjenigen von Sowjetrussland; trotzdem kann dies kein Grund

sein, an irgend einem anderen Gegensatz zu Russland mitzuwirken. Die Folgen für eine gegen Sowjetrussland gerichtete Aktion würden alle Mächte zu tragen haben. Deshalb war unsere Stellungnahme vom allgemeinen europäischen Standpunkt aus auch zugleich eine Stellungnahme vom speziellen deutschen Standpunkt aus.

Der zweite Gesichtspunkt der Besprechungen war die Sicherung des Friedens gegenüber den gegenwärtigen Spannungen. Zwei derartige Spannungsmomente hat gerade die letzte Zeit gebracht. Wir erfuhren an einem Dienstag von dem Mord an dem russischen Gesandten in Warschau. Wenn gewisse Mitteilungen richtig waren, so standen wir vor der Gefahr, daß die Erregung in Moskau und in Russland über diesen Fall so stark gefeuert wurde, daß die Forderungen, die dieserhalb an Polen gestellt wurden, zu einer außergewöhnlichen Spannung zwischen beiden Ländern führen könnten. Auf Grund unserer guten und korrekten Beziehungen zu Sowjetrussland waren wir berechtigt und verpflichtet, in freundlicher Weise die Vertreter der Sowjetunion darauf hinzuweisen, daß der behaupte Fall in Warschau nicht zu einer Verschärfung der europäischen Lage führen dürfe.

Wir dienen nur dem Frieden und nichts als Frieden.

Soweit wir in der Lage sind, arbeiten wir an diesem Ziel. Wir befinden uns dabei in Übereinstimmung mit den Tendenzen der Genfer Besprechungen. Wir haben mit Besiedigung feststellen können, daß die Regierung von Sowjetrussland nicht die Absicht hat, diesen Zwischenfall zu einem anderen Anlaß zu nehmen, als von der polnischen Regierung Genugtuung zu fordern.

Der Abbruch der Beziehungen zwischen Albanien und Jugoslawien war ein weiteres Gefahrenmoment für die europäische Lage. Schon vorher hatte die Reichsregierung auf Grund der Besprechungen mit Frankreich und England sich entschlossen, an einer Kommission mitzuwirken, die in allen Fällen von Grenzstreitigkeiten eingreifen soll. Wir haben die Tatsache feststellen können, daß dies zur Entspannung beigetragen hat. In den Besprechungen in Genf wurde eine Einigung darüber erzielt, in Jugoslawien oder Albanien Vorschläge zur Lösung der Frage zu machen und nach dem Abbruch der Beziehungen die normalen Beziehungen beider Länder wieder herstellen zu helfen. Ich glaube vorichtig dem Ausdruck geben zu können, daß nach den Nachrichten, die uns amtlich gekommen sind, das Zusammenschluss von England, Frankreich, Italien und uns dieses Ziels erreicht wird. Gerade die beiden neu gebildeten Staaten werden ein lebhaftes Interesse daran haben, in friedlicher Entwicklung ihr neues Staatswesen zu konsolidieren und zu entwickeln.

Ich glaube, daß Hohe Haus ist damit einverstanden, daß wir unsere Kräfte diesem Ziel, der Erhaltung des Friedens, der Entspannung in bezug auf Schwierigkeiten, die in einzelnen Fragen sich erheben könnten, gewidmet haben, wie wir dies auch in allen ähnlichen Fällen tun werden. Das bedeutet keinen Eingriff in fremde Angelegenheiten.

Nun zur

Tagung des Völkerbundes

selbst. Ich hatte die Aufgabe, den Bericht zu erarbeiten über die Tagung der

Weltwirtschaftskonferenz.

Ich habe die Genugtuung, festzustellen, daß inzwischen das Comité économique zusammenberufen worden ist, um über die Zolltariffragen zu beraten. Die Vertreter der belgischen und der tschechoslowakischen Regierung haben ebenso wie die deutsche Regierung bereits formell zu diesen Fragen Stellung genommen. Die Weltwirtschaftskonferenz ist verschieden beurteilt worden. Es hat auch nicht an skeptischen Auseinandersetzungen über die Bedeutung der Konferenz gegeben. Wie weit die Beschlüsse dieser Konferenz einmal verwirklicht werden, ist heute natürlich noch nicht zu übersehen. Eine skeptische Einschätzung ist jedenfalls das schlechteste Mittel, diese Beschlüsse zur Verwirklichung zu bringen. (Sehr richtig!) Die Reichsregierung wird sich in den Dienst der Verwirklichung dieser Beschlüsse stellen. (Burau links: Auch Schiele? — Burau rechts: Er reicht!) An eine Prüfung der Herabsetzung des deutschen Zolltariffs soll demnächst herangetreten werden. Ferner wurde in Genf der Bericht über die Arbeiten der Abrüstungskonferenz erfasst. Dieses Problem hat zu einer fast unübersehbaren Fülle von Beratungen und Resolutionen geführt.

Doch ist das Problem nicht so kompliziert, wenn man es nur entschlossen in die Hand nimmt. Auch die deutsche Regierung hat sich im späteren Verlauf entschlossen an den Vorarbeiten für eine allgemeine Abrüstungskonferenz beteiligt. Deutschland kann in dieser Beziehung ein gutes Gewissen haben.

Welcher unserer Nachbarn könnte von uns noch weitere Sicherheit verlangen? (Sehr wahr und allgemeine Zustimmung.) Wir nehmen teil an den Abrüstungsverhandlungen nicht als Schuldner, sondern als Gläubiger! Die moralische und rechtliche Verpflichtung unserer Vertragsgegner von Versailles, endlich auch ihrerseits zur Abrüstung zu schreiten, ist aus berufinem Munde unserer Gegner anerkannt. Unsere eigene Entwaffnung bis zur Neutralität wie die Garantien, die in den Verträgen von Locarno liegen, sind wohl das Äußerste, was man an Sicherheiten geben kann. Man kann nicht anders, als ernste Zweifel daran hegen, ob der gute Willen auch überall vorhanden ist, der moralischen und rechtlichen Abrüstungsverpflichtung nachzukommen. (Sehr richtig!) Träte hierin ein Wandel ein, so müssten alle Hoffnungen, die sich an die Einrichtung des Völkerbundes knüpfen, vergeblich werden. Für den Völkerbund selbst ist die Lösung dieser Frage einfach eine Frage seiner Eigengeltung, ja eine Frage seiner moralischen Existenz. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Minister geht dann auf die dem Völkerbundsrat zur Beurteilung vorliegende

Beschwerde der Memelländer

ein: Der litauische Präsident erfuhr mich am ersten Tage meiner Anwesenheit in Genf um eine Unterredung, und gab den Willen

zu erkennen, diese Frage zu behandeln. Auf Grund der Besprechungen erfolgte innerhalb der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrats eine Erklärung, die er im Namen der litauischen Regierung abgegeben hat, die der Völkerbundsrat zur Kenntnis nahm und die dem Präsidenten des Völkerbundsrats die Veranlassung gab, der bestimmten Erwartung Ausdruck zu geben, daß dadurch der Völkerbundsrat der Aufgabe entbunden sei möge, sich noch einmal mit der Regelung dieser Frage zu beschäftigen. Diese Erklärung enthält die Verpflichtung, daß die litauische Regierung dafür sorgen werde, daß der Memelländische Landtag spätestens bis zum 1. September gebildet sein werde und daß die Wahl rechtzeitig ausgeführt werden werden. Diese Erklärung enthält ferner die Sicherung, daß nur diejenigen Staatsbürger das Wahlrecht haben würden, die ihren dauernden Wohnsitz im Memelland hätten. Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß die litauische Regierung dem Landtag verantwortlich ist. Damit ist die Abstellung der berechtigten Beschwerden des Memellandes in diesen politischen Fragen erfolgt. Das Hauptorgan des Deutschen im Memelland, das „Memeler Dampfboot“, spricht infolgedessen von einem vollen Sieg der deutschen Interessen im Memelgebiet. Eine Unterredung, die ich vor wenigen Tagen mit dem litauischen Ministerpräsidenten in Berlin hatte, bestärkte mich in der Auffassung, daß Litauen gewillt ist, die memelländische Frage unter Berücksichtigung des großen Gesichtspunktes seiner Beziehungen zu seinen Nachbarländern zu verfolgen. Ich hoffe, daß die bevorstehenden Handelsverträge behandelt werden mit Litauen auch als ein Zeichen der Wiederherstellung guter Beziehungen mit Litauen gewertet werden können.

Ich wende mich nunmehr den Fragen zu, welche sich auf das Verhältnis Deutschlands zu denjenigen Mächten beziehen, die in der Weltwirtschaftskonferenz vertreten sind. Eine der behandelten Fragen war die Beziehung eines Deutschen zur

Mandats-Kommission.

Ein kommunistischer Antrag fordert den Reichstag auf, diesen Eintritt in die Mandatskommission abzulehnen. Ich glaube, daß hier zunächst eine falsche Auffassung über den Begriff der Mandatskommission obsteht. Sie ist nicht eine Vertretung der einzelnen Länder und Regierungen, sondern es ist bestimmt, daß Persönlichkeiten verschiedener Nationalität auf Grund ihrer Erfahrung in kolonialen Dingen in ihr mitzuwirken, ohne daß sie offizielle Vertreter einer Regierung sind. Ich glaube, daß der Einwand, der hier erhoben wird, auch sonst unberechtigt ist. Es ist eine vollkommen falsche Auffassung, die Mitwirkung in der Mandatskommission hinzustellen als eine gegen die Interessen der Eingeborenen gerichtete Politik. Es ist kein Zweifel, daß wir an der Entwicklung der kolonialen Dinge, auch wenn wir selbst nicht Besitzer der Kolonien sind, in hohem Maße interessiert sind. Das ergibt sich daraus, daß der Völkerbund schon bisher, ohne daß wir Mitglied der Mandatskommission waren, uns zur Mitarbeit verschiedentlich aufgefordert hat, weil er an einer Mitarbeit nicht entbehren könnte. Beispielsweise hat Deutschland in der kulturell bedeutsamen Frage der Belebung der Sprache unter den Eingeborenen das Hauptdienst, hier mitgewirkt zu haben. (Rachen bei den Kommunisten.) Sie (zu den Kommunisten) lachen darüber und stellen sich hin als Vertreter der Eingeborenen. Was hier die deutsche Wissenschaft getan hat, ist von großer Bedeutung und über allen Zweifel erhaben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Zahl der Deutschen, die wieder in fremden Kolonien tätig sind, ist außerordentlich im Wachstum. Ich erinnere an die fürstlich im englischen Unterhause beantwortete Frage über die Einwanderung der Deutschen im früheren Deutsch-Ostafrika, ich erinnere auch an die Arbeit, die in Kamerun von Deutschen geleistet wird. Es ist von außerordentlicher Bedeutung für unsere Wirtschaft, daß die kolonialen Erfahrungen uns nicht verloren gehen.

Die Besatzungsfrage.

Eine wichtige Frage ist in den Verhandlungen, die außerhalb des Rats in Genf stattgefunden, nicht gelöst worden, nämlich die Frage einer Reduktion der Rheinlandtruppen. Ich möchte hier etwas an die französische Adresse vorausschicken. Es ist eine völlig falsche Auffassung, der wir vorwährend in der französischen Presse begegnen, daß die Erfüllung dieser Forderung ein Beweis gegen Willens gegenüber Deutschland sei, dem ein anderer guter Wille Deutschlands gewissermaßen als Kompensation gegenüberstehen müsse. Es handelt sich aber nicht um irgendeine Konzession, die von unserem Wohlverhältnis abhängt, sondern um Beziehungen, von denen die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages abhängig war. (Lebhafte Sehr richtig!) Diese Beziehungen sind am 14. November 1920 erfolgt, und unter ihnen stand die Frage der Truppenreduktion naturgemäß bei ihrer Bedeutung mit an erster Stelle. Objektiv müssen wir anerkennen, daß die Beziehungen anderer Art loyal erfüllt worden sind, daß die Situation des Rheinlands in bezug auf die Besatzungsbehörden besser geworden ist. Wenn wir aber auf der unbedingten Erfüllung der Truppenreduktion bestehen, so hat das eine formelle und eine über das Formelle weit hinausgehende Bedeutung. Der formelle Grund besteht in der unbedingten Klarheit der gegebenen Zusage. Es gibt keine Auslegung, wie hier im Recht sei oder nicht, sondern man hat auch auf der Gegenseite niemals versucht, dieses Recht irgendwie in Frage zu stellen. Wenn gesprochen wurde von „réduction partielle“, so kann von einer Verminderung, die statthaft gefunden hat, in Höhe von 4000 bis 5000 Mann, in keiner Weise gesagt werden, daß sie dem gegebenen Wort entspreche. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Reduktion trifft nicht annähernd den „normalen Zustand“. Das Wort von einer Herstellung des „normalen Zustandes“ kann ziffermäßig nur den Sinn haben, die Zahl zu bedeuten, die von Deutschland vor früher an Truppen unterhalten worden ist. (Sehr richtig!) Die Verminderung der Besatzungsstruppen ist einmal eine Frage des Rheinlandes, das ein Recht auf die Verminderung hat, aber ich glaube, sie ist mehr geworden, nämlich zu einem Kampf gegen die Methode der Locarno-Politik von der Gegenseite. Wenn in dieser Frage eine von Frankreich gegebene Zusage nicht gehalten wird, und wenn auf einem Gebiet eine Nichterfüllung stattfindet, so ist auch die Gefahr vorhanden, daß dies auf andere Gebiete übergreift. (Sehr wahr!) Ich erinnere daran, daß die Antwort, die der Unterstaatssekretär Lampson im englischen Unterhause vorgestellt auf eine Anfrage erzielte, ausdrücklich Bezug genommen hat auf die Note des Botschafters, daß darauf hingewiesen ist, daß Chamberlain, wie Lampson sagt, es als ein Resultat der Besprechungen von Genf annimmt, daß eine frühzeitige Inkraftsetzung der Rheinlandtruppen, die in der Botschaftsnote zum Ausdruck gekommen sei, verwirklicht werden könnte. Es ist diese Frage eine Frage des Vertrauens gegenüber der Charkow-Gesellschaft, es geht nicht an, zu warten, bis die deutsche Offenheitlichkeit ihre Geduld in dieser Frage verloren haben wird.

Die Rede in Lüneville.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Lösung dieser Frage rechtlich nicht abhängig sein kann von irgendwelcher

Erfüllung deutscher Gegenleistungen und irgendwelchen anderen Punkten. Ich darf im Zusammenhang mit den Fragen, die in Genf erörtert worden sind, hier auch auf die Frage der Vergrößerung der Bevölkerungsgruppen mit der Zerstörung unserer Ostbefestigungen eingehen. Diese Vergrößerung entbehrt des logischen Zusammenhangs und ist dementsprechend von uns diplomatisch behandelt worden. Deutschland hat seinen Bericht über die Zerstörung der Ostbefestigungen eingebracht. Wenn das Reichsminister durch den Vertreter des Reichskanzlers, General Pauwels, die Möglichkeit in Aussicht gestellt hat, den Bericht durch eine etwaige Nachgängereichnahme zu ergänzen, so entspringt dies der eigenen Initiative der Reichsregierung. Die deutsche Regierung hat nichts zu verbergen, und es soll mit diesem Entgegenkommen kein Präjudiz für die Zukunft geschaffen werden.

Möglichlich ist die deutsche Regierung in dieser Frage keineswegs gebunden. Die deutsche Öffentlichkeit ist stark erregt worden durch die Art und Weise, in der der französische Ministerpräsident Poincaré in seiner französischen Lüneviller Rede geglaubt hat, das Verhältnis Deutschlands und Frankreichs zu charakterisieren. Mit erscheint diese Rede für die Betrachtung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich so bedeutsam, dass ich ganz offen zu den verschiedenen Punkten, die Herr Poincaré berührte, Stellung nehme. Ein Teil dieser Rede befasst sich mit einer etwas auffälligen und auf der Verlängerung der Totalität beruhenden Auffassung von Vorgängen aus dem Jahre 1918. Ich glaube dem Hause ein Eingehen auf diese Ausführungen ersparen zu können, wenn es auch recht leicht wäre, die von dem französischen Ministerpräsidenten erwähnte Tatsache und seine Schlussfolgerungen, die er daraus ziehen zu können meinte, ganz wesentlich zu berichten, denn ich bin der Ansicht, dass wir gerade den großen Problemen der Gegenwart nicht damit näher kommen, namentlich dem Problem der deutsch-französischen Beziehungen und seiner Lösung, die wenig gefördert wird, wenn wir Ausgrabungen aus vergangenen Tagen machen.

Auch jenseit die Rede des französischen Ministerpräsidenten auf die Kriegsführung der Deutschen anspielt, glaube ich auf eine nochmalige Widerlegung verzichten zu können. Dazu bestreitet mich die Tatsache, dass die Auflösung der Welt zu weit vorgezogen ist, als dass noch zu befürchten wäre, dass derartige Behauptungen Glauben finden. (Lebhafte Zustimmung.) Es interessiert mehr, was Poincaré über Fragen der Gegenwart sagte. Wenn er sagte, dass Frankreich Interesse an der Wiederherstellung guter Beziehungen mit Deutschland habe, so kann er überzeugt sein, dass solche Worte in Deutschland den stärksten Widerhall finden. Leider hatte er aber auch erklärt, dass es in Deutschland einer starken Widerlung der politischen Entwicklung bedürfe, um diese guten Beziehungen zu erreichen. Er will Schlussfolgerungen auf die deutsche Gesinnung aus der Tatsache ziehen, dass wir das Linienschiff "Elisabeth" nach Portugal gesichtet haben. Bei einem so guten Kenner des Versailler Vertrages, wie es Poincaré ist, ist dieser Vorwurf unverständlich. Das betreffende Linienschiff ist 1903 gebaut, dass sein Name erhalten bleibt, und das Schiff noch zur deutschen Flotte gehört, steht in einem Artikel des Versailler Vertrages geschrieben. Poincaré will aber beweisen, dass die in Locarno aufgelegten Verpflichtungen von uns nicht richtig verstanden würden oder nicht auf richtig gemeint seien.

Ich glaube, dass Herr Poincaré jetzt in Frankreich keine Zustimmung findet, wenn er behauptet will, ich sei ein aufrichtiger Anhänger der Locarno-Politik, denn die Reden, die ich seit Jahren gehalten hätte, seien ein Beweis. Ich könnte mich sofort damit einverstanden erklären, wenn man das, was ich damals gesagt habe, nicht in einzelnen aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen, sondern in seiner Vollständigkeit anführen wollte. Es bedarf keiner Auseinandersetzungen über die Erklärungen, die klar und eindeutig gewesen sind, wie Deutschland denkt. Warum bezieht sich denn Herr Poincaré nicht auf die eindeutige programmatische Erklärung, die der Reichskanzler nach der Bildung des gegenwärtigen Kabinets in bezug auf unsere Stellung abgegeben hat? Damals hat der Reichskanzler Marx zum Ausdruck gebracht: "Es versteht sich von selbst, dass die Reichsregierung die bisherige Außenpolitik im Sinne der gegenwärtigen Verständigung weiter verfolgt. Die Linie ist klar und eindeutig hinsichtlich der mit Zustimmung der zuständigen Instanzen getroffenen Entscheidungen der letzten Jahre. Die Außenpolitik, welche die Reichsregierung ohne Unterlass betrieben hat und die zu dem Dawes-Abkommen und zu dem Vertrag von Locarno geführt hat, ist gekennzeichnet durch den Willen, daran auch gegenwärtig festzuhalten." Ich glaube, Herr Poincaré, wenn er seine Zuhörer aufklären will über die deutschen Absichten, er es besser machen könnte, wenn er diese Erklärung vorführt, als wenn er einige aus dem Zusammenhang gerissene Sätze von irgendwelchen Reden vorlegt. (Sehr wahr!) Es wird angesichts dieser Erklärung, an der nicht zu drehen und zu deuteln ist, nicht mehr von uns ein aufrichtiges Bekenntnis zur Locarno-Politik zu verlangen sein. Nicht anders steht es damit, dass Deutschland nach den Beschlüssen der Botschafterkonferenz in der Entwaffnungsfrage der Welt eine Gewähr für den Frieden gegeben hat. Man kann sich etwas anderes kaum anders erklären als dadurch, dass der Ministerpräsident Poincaré infolge seines Amtes den tatsächlichen Verhandlungen über die einzelnen Fragen nicht mehr nahe genug steht, um Bescheid zu wissen. (Herrlichkeit.)

Am 12. Dezember ist von den Mätern der Botschafterkonferenz in Genf festgestellt worden, dass über den größten Teil der mehr als hundert Fragen, die zwischen den befreigten Regierungen hinsichtlich der Ausführung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages strittig gewesen seien, eine Verständigung erzielt sei; nur über zwei Fragen steht die Verständigung noch aus, alles berechtigte daher zu der Hoffnung, dass diese beiden Fragen geregelt werden. Die deutsche Polizei ist entsprechend den Vereinbarungen mit der Botschafterkonferenz reorganisiert; der preußische Gesetzentwurf, der die Anstellung der Polizeibeamten regelt, liegt dem preußischen Landtag vor. Die militärischen Verbände, die sich gesetzwidrig (militärische Verbände) mit militärischen Dingen beschäftigen, sind aufgelöst worden. Die Botschafterkonferenz hat Ende Januar dieses Jahres angekündigt, dass nichts mehr vorliegt. (Hört, hört!) Von den Kabinetten ist bereits ein großer Teil an das private Gewerbe abgegeben, für die übrigen ist eine Frist von fünf Jahren vereinbart worden. (Hört, hört!) Selbst wenn der französische Ministerpräsident sich noch auf Dinge, die im Vergleich mit der durchgeführten deutschen Entwaffnung ohne Bedeutung sind, berufen will, so kann ich darin nicht den geringsten Anlass finden, an der deutschen Vertragstreue zu zweifeln.

Es kann nicht der geringste Anlass gefunden werden, die deutsche Vertragserfüllung in Zweifel zu ziehen. (Sehr richtig!) Wenn demnach, wie der französische Herr Ministerpräsident gesagt hat, nichts anderes übrig bleibe, um die auch von ihm gewünschte Annäherung zwischen den Ländern zu erleichtern, so steht diesem großen Ziel auf deutscher Seite nichts das Geringste mehr im Wege. Ich habe alle die Hemmnisse angeführt, die Herr Poincaré anführt als solche, die es ihm nicht ermöglichen, die von ihm gewünschte Politik der Verständigung durchzuführen. Die Frage ist die: Will der Herr französische Ministerpräsident diesen Weg vertragen oder will er ihn ebnen? Seine Rede enthält auch Wendungen, die den Schluss ermöglichen und den Eindruck erwecken, als füße er sich von der deutschen Öffentlichkeit missverstanden. Zum Schluss sagte er, nicht zuletzt Frankreich wünsche den Frieden. Was ist nun das Ziel des Herrn Poincaré: Ruhrpolitik oder Locarnopolitik? Eins oder das andere ist möglich, aber nicht eins und das andere. (Sehr richtig!) Poincarés sprach in seinen früheren Reden von der Geistesverfassung Deutschlands. Die überwiegende Ausbildung ist in dem Maße dem Geiste der Verständigung und des Friedens. Sie hat den Druck der Entwicklung in Europa und die schwere Verpflichtung des Dawes-Abkommen-

auf sich genommen, sie ging den Weg nach Locarno und Genf, weil sie darin den Versuch sah, die internationale Verständigung an die Stelle der kriegerischen Rüstungen zu setzen. Niemand hat stärkere Worte der Anerkennung für die darin liegende Entfaltung gefunden, als der französische Außenminister Briand noch vor wenigen Monaten. Die deutsche Öffentlichkeit hat den Gedanken einer deutsch-französischen Annäherung innerlich begrüßt. Wer einen Beweis dafür sehen will, dem rufe ich die Huldigungen ins Gedächtnis, die dem französischen Minister Herrriot zuteil wurden, als er in Frankfurt a. M. von dem Frieden zwischen Frankreich und Deutschland sprach. Sie ist bereit, die Hand zu ergrasen, die ihr im Geiste einer Verzähnung entgegentreibt wird, aber nicht die Hand des Siegers, der sie dem Besiegten reicht. (Sehr richtig!) Immer spricht man uns von der bedrohten französischen Sicherheit. Niemand in Deutschland bedroht diese Sicherheit. Es gibt keinen verantwortlichen Menschen in Deutschland, der so verbrecherisch wäre, Deutschland in einen Krieg mit irgend einer Macht im Westen oder Osten hinein zu wollen. Wir wollen endlich, nach Jahren nach dem Frieden, die Wiederherstellung der deutschen Souveränität. Wir wollen einen friedlichen, aber freien Volk aus deutschem Boden sein. (Lebhafte Beifall.) Gute maar auch dem Deutschen Reiche den Frieden, auf den es vollen Anspruch hat. Unsere Stellungnahme liegt vor allen Augen. Es war die gegenwärtige Regierung, die ausdrücklich den Vertrag auf Revision gedankt hat. Aber an Frankreich haben wir die Frage zu richten: Soll der Geist des Krieges dauernd wirken oder der Geist des Friedens? Nicht nur wir, sondern alle Völker, die den Frieden wollen, sind berechtigt, diese Frage zu stellen, denn alle tragen die Verantwortung. (Lebhafte Beifall.)

Londner Echo zur Stresemannrede.

London, 24. Juni. (R.) Die Morgenblätter bringen in großer Ausführlichkeit die gestrige außenpolitische Debatte im Reichstag. Eingehende Kommentare fehlen jedoch. Stresemanns Worte: "Ruhr oder Locarno" werden als die Quintessenz der Debatte betrachtet und in den meisten Zeitungen hervorgehoben. Der Berliner Korrespondent des "Daily Telegraph" schreibt, dass Stresemann sehr vorsichtig gewesen sei, um alle Kritiker zu befriedigen. Im allgemeinen sei Stresemanns Haltung gegenüber Russland sehr hübsch gewesen und werde Moskau kaum befriedigen. Der Berliner "Times"-Korrespondent stellt fest, dass die Rede mehr als gewöhnlich eine vorbereitende Erklärung der gesamten Regierung und nicht etwa die persönliche Anerkennung des Außenministers gewesen sei. Selten habe es in einer außenpolitischen Debatte selbst unter den Regierungsparteien eine derartige Einmütigkeit gegeben.

Nichts gelernt und nichts vergessen!

Berlin, 21. Juni. Die Rede Poincarés am Freitagabend von Lüneville wird in der Berliner Presse übereinstimmend als Beweis dafür angesehen, dass Poincaré seit dem Kriege nichts gelernt und nichts vergessen habe. Die "Germania" weist darauf hin, dass die in manchen deutschen Kreisen gehegten Erwartungen, Poincaré befände sich im Stadium des Unklarwerns, jetzt mit einer sehr schmerzlichen Enttäuschung endeten. Die "Tägliche Rundschau" sieht in Poincaré den Unveränderlichen, der nicht vergessen könne und nichts hinzulernen wolle, für den der Hass gegen Deutschland Lebenselement sei. Was die Ausführungen Poincarés im einzelnen anbelangt, so wird er darauf aufmerksam gemacht, dass das Linienschiff "Elisabeth" seinen Namen nicht erst nach dem Kriege als Ausdruck unserer Revanchelust erhalten habe, sondern dass es ein alter Kasten aus dem Jahre 1903 ist, der längst nicht mehr im Dienst wäre, wenn wir unsere neuen Schiffe nicht hätten abgeben müssen und andere bauen dürften. Wenn man also einem alten Schiff seinen Namen lasse, so sei das keine Herausforderung Frankreichs. Wohl aber habe sich Frankreich in diesem Sinne schuldig gemacht, indem es am 13. September 1913, so führt die "Tägliche Rundschau" aus, eines seiner Kriegsschiffe "Lorraine" gekauft und nach dem Kriege die von uns erbeutete "Königsberg" auf "Meh.", "Regensburg" auf "Straßburg", "Solberg" auf "Colmar" und "Stralsund" auf "Mulhouse" umgenannt habe.

In den Betrachtungen anderer Blätter, wie zum Beispiel der "Kreuzzeitung", wird zum Ausdruck gebracht, dass es Poincaré ancheinend darauf anlege, alte Gegensätze wieder aufzurütteln, um in logischer Konsequenz eine scharfe Frontstellung gegen Deutschland einzunehmen. Poincarés Hecke, so heißt es hier, ist die richtige Begleitmusik für den Verlauf der Geister Tagung; sie erklärt vieles, wenn nicht alles, was sich in Genf, soweit die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich dabei in Frage kommen, abgespielt hat. Man kann Poincaré eigentlich nur dankbar sein, dass er durch seine Rede völlig die Klarheit hinsichtlich der deutsch-französischen Beziehungen geschaffen habe. Mit der Rede Poincarés beginne eine neue Phase der deutsch-französischen Beziehungen, und der deutschen Außenpolitik werde nichts übrig bleiben, als aus dieser Rede, durch welche die ganze Locarno- und Verständigungspolitik endgültig in Scherben geschlagen werde, die sich zwangsläufig aufdrängenden Konsequenzen zu ziehen.

Auf die von Poincaré als Eideshelfer für seine These von der mangelnden Vertragstreue Deutschlands dienen Ministerreden wirft die Berliner Presse nur im Vorübergehen einen Blick. Sie tut daran wohl, sich nicht mit Poincaré auf einen Zithatenkrieg einzulassen, da eine öffentliche Aussprache über politische Angelegenheiten nicht gewinnen kann, wenn man sie mit Erinnerungen an Reden bestreitet, die vor Jahren einmal im Streit der Meinungen gehalten worden sind. Im übrigen steht es gerade Poincaré am wenigsten an, sich in seinem Sinne auf deutsche Ministerreden zu berufen, nachdem er Jahre hindurch alle seine Kundgebungen zur äußeren Politik auf den Gedanken und den Ausdruck des Hasses und der Verdächtigung abgestimmt hat.

Wenn Poincaré ernstlich erwartet hat, dass man ihm ausführlich auf seine Zitate aus deutschen Ministerreden antworten werde, so hätte er besser daran getan, deutlich zu sagen, welche Anerkennungen deutscher Minister er im Auge hatte.

Soweit sich aus diesen Andeutungen erkennen lässt, bezieht er sich offenbar auf zwei Reden des Ministers Stresemann, von denen die eine in Dresden auf einem Bankett der Handelskammer am 31. Oktober 1925 und die andere im Rundfunk am 8. November desselben Jahres gehalten worden ist. Der dritte Hinweis Poincarés auf die Ausführungen eines "anderen Ministers" wird hier als Bezugnahme auf eine Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Helden gedeutet.

Für die Auswertung der Rede Poincarés und der zurückliegenden Genfer Ratstagung erscheint ein Meinungsaustausch beachtenswert, als dessen Träger sich die "Deutsche Allgemeine Zeitung" und der "Vorwärts" vorstellen. Die "D. A. Z." hatte bereits in ihren Genfer Verträgen die Auffassung vertreten, dass man nicht länger "auf die Karte Briand" sehen dürfe, sondern sehen sollte, ob man nicht mit Poincaré weiter komme. Im gleichen Sinne äußert sich die "D. A. Z." heute abend, indem sie darauf hinweist, dass in Poincarés Hand die Entscheidung über den Weg liege, den die europäische Politik der nächsten Zukunft einschlägen werde, nachdem Briands politische Aktivität seit dem Dezember einen Schlag erlitten habe, der die größten Gefahren für die Fortsetzung einer friedlichen Wiederaufbaupolitik in Europa mit sich bringe. Poincarés Rede bedeutet nach der "D. A. Z." noch keine Antwort auf die Frage, die sich ihm stellt, aber sie bedeutet vielleicht, dass er die Frage verstanden habe. Auf diesen Gedanken geht der "Vorwärts" in seinem Kommentar zu Poincarés Rede ein.

Nachdem er dem französischen Ministerpräsidenten mit handfester Deutlichkeit das Zeugnis eines "unausstehlichen Charakters" und eines "Stärkers" ausgestellt hat, der immer derselbe bleiben werde, fährt er folgendermaßen fort:

"In gut unterrichteten Kreisen wird behauptet, Poincaré würde neuerdings sogar, dass die Deutschen ihm dasselbe Vertrauen schenken wie Herrriot und vor allem Briand. Darauf sind offenbar jene sonderbaren Anspielungen der "D. A. Z." zurückzu-

föhren, die nach der Abreise Briands aus Genf erklärt, man dürfe "nicht länger auf die Karte Briand setzen", sondern müsse schon, ob man nicht mit Poincaré weiter komme. Wir haben sofort vor dieser Illusion gemarckt, und die Rede in Lunéville hat uns über Erwartungen recht gegeben."

Poincaré begreift nicht, so gleitet der "Vorwärts" dann in die innere Politik ab, "dass, selbst wenn alles, was er sagt, wahr wäre, die Tatsache, dass er es sagt und wie er es sagt, nur die Aufgabe der Linken er schwert und die Stellung der Rechten verstärkt". Dem "Vorwärts" wenigstens gilt damit das letzte Wort über Poincaré und seine Rede als gesprochen. Er stellt zum Schluss mit Bedauern einen neuen Rückschlag in den deutsch-französischen Beziehungen fest.

Der neue Stadtpräsident von Warschau.

Jaworowski von den Sozialdemokraten gewählt.

Warschau, 24. Juni. (Pat.) Die neu gewählte Warschauer Stadtverordnetenversammlung trat gestern zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die Sitzung eröffnete um 8½ Uhr nachmittags der bisherige Stadtpräsident Jaworowski. Auf Wunsch der Parteien ordnete der Vorsitzende eine Pause an, damit sich die eingeladenen Klubs über die Wahl des neuen Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung verständigen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurden zwei Kandidaturen vorgestellt, die des Dr. Josef Jaworski (Nat. Wirtschaftspartei) und die des Stadtverordneten Jaworowski von der P. P. S. Jaworowski erhielt 45 Stimmen Jaworowski 54 und Kadens-Bandrowski 16. Danach der Geschäftsvorstand der Vorsitzende nur mit absoluter Mehrheit gewählt werden kann (die bei 117 Stimmen 59 betrug), stellte der Vorsitzende fest, dass die erste Abstimmung resultatlos verlaufen sei und ordnete eine Stichwahl zwischen Jaworowski und Jaworowski an. Bei der Stichwahl erhielt Jaworowski 66 Stimmen, während Jaworski seinen Besitzstand aufrecht erhält und 6 leere Stellte abgegeben wurden. Somit war Jaworowski von der P. P. S. zum Vorsitzenden gewählt. Es wurde dann die Zahl der Vizevorsitzenden und Schriftführer der Vorsitzenden festgelegt, und zwar auf Vorschlag des sozialistischen Stadtverordneten Szapiewski auf 4 bzw. 8. Zu Vizevorsitzenden wurden bei der ersten Abstimmung Bielski (P. P. S.) mit 64 und Wilczek (Nat. Wirtschaftspartei) mit 59 Stimmen gewählt, bei der zweiten Abstimmung Rojewicz von der Sanierungsliste mit 58 und der jüdische Stadtverordnete Majzel mit 52 Stimmen.

Eine Aufforderung an die Regierung.

Anträge der P. P. S.

Der Abgeordnete Zaremba von der P. P. S. hat folgenden Sejmantrag ausgearbeitet:

"Der Hohe Sejm wolle beschließen: Der Sejm fordert die Regierung auf:

1. Vom 1. Juli d. J. die bewegliche Skala für die Gehälter der Beamten und der Angestellten der staatlichen Industriewerke wieder einzuführen, indem erhöhte Bezüge nach Abgabe der Teuerungssteigerungen als Ausgangspunkt genommen werden. Bei Lohnfortstufen im Handel und in der Industrie soll die Teuerungssteigerung finden. Die statischen Aufzeichnungen sollen auf das Gebiet der realen Löhne erweitert werden.

2. Der Sejm fordert die Regierung auf, eine Verordnung herauszugeben, die die Ausfuhr von Brotgetreide bis zur vollen Marstielung der Ergebnisse der diesjährigen Ernte verbietet und den eventuellen Export regelt. Binnen zehn Tagen soll dem Sejm ein Gesetzentwurf über die Einziehung ständiger Getreidereserven vorgelegt werden, die den Binnenmarkt vor Errüttlungen bewahren. Die Agrarmarkt soll besonderer Berücksichtigung finden. Die statischen Aufzeichnungen sollen auf die Arbeitslosigkeit erweitert werden.

3. Der Sejm fordert die Regierung auf, binnen 14 Tagen dem Sejm einen Bericht vorzulegen über die Durchführung der Agrarreform mit Angabe der Hindernisse.

4. Der Sejm fordert die Regierung auf, binnen 14 Tagen dem Sejm einen Gesetzentwurf vorzulegen über eine Regierungskontrolle über die Tätigkeit der Kartelle und Wirtschaftsvereinigungen der Produzenten und Vermittler unter Teilnahme der Arbeiter und Konsumenten.

5. Der Sejm fordert die Regierung auf, dem Sejm binnen 10 Tagen Berichte vorzulegen über die Unterstützung der Arbeitslosen und die Ergebnisse der bisherigen Aktion auf diesem Gebiete mit einem Plan für die weitere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Beihilfsnormen sollen für die Arbeitslosen erweitert werden.

6. Der Sejm fordert die Regierung auf, binnen 10 Tagen dem Sejm einen Bericht vorzulegen über die bisherige Bauaktion der Regierung und über die Pläne für die nächste Zeit mit besonderer Berücksichtigung des Baus billiger Wohnungen für die Arbeiter und Angestellten. Dem Sejm soll ferner ein Entwurf vorgelegt werden über die Durchführung der Investitionspläne.

7. Der Sejm fordert die Regierung auf, alle Mietserhöhungen für Ein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen aufzuhalten.

Der "Narodnik" nimmt an, dass dieser Antrag in einer der nächsten Sejmssitzungen zur Sprache kommen wird.

Feier im Palais des Kardinal-Erzbischofs.

Gestern fand im Posener erzbischöflichen Palais die Ueberreichung des Kardinalstabes an den Primas Dr. Hlond statt. Zu dieser Feier war Graf Canale Massucci als Abgesandter des Papstes nach Posen gekommen. Im Empfangssaal des erzbischöflichen Palais versammelten sich nach 6 Uhr abends der Warschauer Geschäftsträger der päpstlichen Nuntiatur Monsignore Chiavaro, der Posener Bischofswise Graf Biuniński, der Kommandierende General Dajerowski, der Suffraganbischof Bawbić aus Gnesen und der Posener Bischöfliche Suffraganbischof Adamowski, ferner die Stadtpräsidenten von Posen und Gnesen, der Rektor der Universität Dr. Grochowski, und der Posener Eisenbahnpresident Ingenieur Niciński und der Bischöfliche Handelskreditbanken Huttent-Gapski. Um 6½ Uhr traf Canale Massucci in Begleitung des Domherrn Zafrański und des Kaplanen Garnecki aus dem Bazar ein. Nach der Verlesung des Primas herabgehoben werden, antwortete Se. Eminenz Dr. Hlond in italienischer Sprache. Darauf kniete der Hauptmann der Garde diakone des Kardinalstabes vor dem Primas nieder, küßte seine Hand und überreichte ihm das Käppchen. Dabei wurde die päpstliche Symbole gespielt. Der Posener Suffraganbischof Bawbić brachte dann im Namen beider Kapitel, der Geistlichkeit und der Gläubigen dem Primas Glückwünsche dar. Nach der feierlichen Ueberreichung fand ein Festessen statt, an das sich ein Raut anstieß, an dem u. a. teilnahmen: der Landesstaatsrat Bogale, der Bischöfliche Rat Nikodemowicz, Dr. Kiedrowski, der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Hedinger, der Präsident der Generalstaatsanwaltschaft Kiriś, der Polizeiamtmandant Haas, die Konsuln Dufort und Glos, Aba, der Chefredakteur des Kurier Poznański, der Präsident der Kreditanstalt Zychlinski und General Taczak.

Am Peter- und Paulstage wird der Staatspräsident

Handelsnachrichten.

Die Auslandsanleihe der Stadt Berlin. Die Stadt Berlin hat, wie bereits kurz gemeldet, mit der Londoner Bankengruppe J. Henry Schröder & Co., N. M. Rothschild & Sons und Baring Brothers & Co. Ltd. über die Aufnahme einer Berliner Anleihe von 5 Mill. Pfund verhandelt. Die Anleihe ist mit 6 Prozent jährlich zu verzinsen, innerhalb 30 Jahren zu tilgen und dürfte zu einem Kurse, der zwischen 98 und 98½ Prozent liegt, in London angelegt werden. Die Aufnahme unmittelbarer Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Konsortium erfolgte nach Vorverhandlungen durch die Reichs-Kredit-Gesellschaft Akt.-Ges. Die Verhandlungen sind in London von dem Berliner Stadtkämmerer Dr. Lange geführt worden. Für die Reichs-Kredit-Gesellschaft hat Direktor Simmonds an den Verhandlungen teilgenommen. Finanzdeputation und Magistrat haben dem Anleihevertrag vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden zugestimmt, so dass mit der Auflegung der Anleihe noch innerhalb dieses Monats gerechnet werden kann. Entgegen verfrühten und zum Teil unrichtigen Meldungen über die Anleihezwecke dient die Anleihe ausschließlich für Verkehrsziele (Erweiterungsbauten der Straßenbahn und Schnellbahn) und für Zwecke der städtischen Wasserwerke. Die Finanzierung von Grundstückskäufen usw. ist durch diese Anleihe nicht vorgesehen. Unrichtig waren auch einige Meldungen des Inhalts, dass die Stadt für die Anleihe städtische Grundstücke verpfändet habe. Diese Meldungen beruhen offenbar auf einem Missverständnis. Es sind keinerlei Sonderpfänder an Teilen des städtischen Vermögens oder der städtischen Einkünfte für diese Anleihe gestellt worden, wohl aber enthält der Anleihevertrag die sogenannte negative Verpfändungsklausel, d. h. die Bestimmung, dass die Stadt für zukünftige Anleihen keine Verpfändung von Teilen des städtischen Vermögens vornehmen werde, es sei denn, dass auch der vorliegenden Anleihe die gleiche Sicherheit gewährt wird, eine Bestimmung, die in den neuen Anleiheverträgen üblich geworden ist und auch in der Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Tätigkeit der Beratungsstelle als berechtigt anerkannt worden ist. Diese Bestimmung ist aber in dem neuen Anleihevertrag insofern wesentlich abgeschwächt worden, als die Stadt Berlin das Recht erhalten hat, bei Errichtung von Wohnhäusern und anderen Gebäuden auf städtischem Gelände Baugeldhypotheken aufzunehmen oder zu bewilligen.

Die Nishni-Nowgoroder Messe wird trotz der ernstlichen Anfeindungen, die sie in den letzten beiden Jahren auf Seiten einflussreicher Sowjetinstanzen erfahren hat, und trotz des stark rückläufigen Umsatzes, der auf der letzten Messe, die am 15. September des Vorjahrs ihren Abschluss fand, erzielt worden ist, in diesem Sommer wieder stattfinden. Die vorbereitenden Arbeiten für die Eröffnung sind bereits im Gange. Die Hauptausstellungsgebäude werden mit grosser Beschränkung hergerichtet. Augemeldet sind zur Beteiligung vorläufig nur die grossen genossenschaftlichen und einige staatliche Industriegesellschaften, so der Zentrosolus, Sseskosojus, Wsekopromosjus n. a.

Erweiterung des internationalen Kunstseiden-Kartells. (W. K.) Die Verhandlungen der böhmischen Glanzstoff-Fabrik, der Ersten böhmischen Kunstseidenfabrik in Theresienthal, der Kunstfaserfabrik Senitzek A.-G. und der Firma Gebr. Bader in Mährisch-Ostrau mit dem internationalen Kunstseiden-Kartell sind nunmehr so weit gediehen, dass mit dem Eintritt dieser tschechoslowakischen Fabriken in das internationale Kunstseiden-Kartell gerechnet werden kann. Die Besprechungen konnten um so leichter zum Erfolg führen, da das Loboschitzer Unternehmen, die böhmische Glanzstoff-Fabrik, an dem die Vereinigten Glanzstoffwerke in Elberfeld beteiligt sind, zu dem Kartell bereits in indirekten Beziehungen stand.

Ermässigung des Höchstzinsusses in Polen. Durch Verordnung des polnischen Finanz- und Justizministers vom 30. Mai d. Js. im „Dziennik Ustaw“ Nr. 53 vom 15. Juni 1925 ist der gesetzliche Höchstzins für Kreditgeschäfte von 13 Prozent auf 12 Prozent herabgesetzt worden. Die übrigen Bestimmungen der Verordnung vom 29. Juni 1924 und der Verordnung vom 30. Juni 1926 über den Geldwucher bleiben unverändert, so dass Kreditanstalten überdies noch eine Umsatzprovision erhalten dürfen, die jedoch ½ Prozent vierteljährlich nicht übersteigen darf. Die Verordnung ist am 15. Juni in Kraft getreten. Alte Vereinbarungen behalten ihre Gültigkeit bis zum 15. Juli 1927 bei.

Der deutsch-russische Handel über Polen ergibt nach den soeben im „Przemysl in Handel“ veröffentlichten Daten im April folgendes Bild (in Tonnen):

Transittransporte aus Russland nach Deutschland: Eisenerz 3.267, Manganerz 1.700, Eichenklötze 2.196, Eier 3.562, Dicke 266, Rohleder 6, Fische 19, Werg 42, andere Waren 35, zusammen 11.093. In derselben Zeit wurden aus Deutschland nach Russland 2.358 Tonnen verschiedener Waren nach Russland exportiert, davon Stahldrähte 51 To., Maschinen und Maschinenteile 77, Kultivatoren 194, Eisenpflege 383, Ferrosilicium 213, Eisen und Stahl 337, Zinn 86, Salpeterpottasche 125, Schamotteziegel 499, Blei 47, landwirtschaftliche Maschinen 31, andere Waren 515 Tonnen. Insgesamt gingen über Polen aus Deutschland nach Russland und umgekehrt 13.651 Tonnen, d. s. um 4.653 Tonnen weniger als im Vorjahr. Die meisten Transporte entfielen auf die Strecken (von Russland nach Deutschland): Mohylany—Chebzie (5.712 To.), Mohylany—Zbaszyn (1.896 To.), Mikaszewice—Zbaszyn (1.264) und Podwołoczyzna—Chorzow (1.544 To.); aus Deutschland nach Russland: Chebzie—Mohylany (672 To.), Chebzie—Podwołoczyzna (245 To.), Lesowice—Mohylany (392 To.), Szumian—Mohylany (486 To.) und Szumian—Zahacie (494 To.).

Französischer Schrott für Polen? Die Verhandlungen der polnischen und ostoberschlesischen Eisenindustrie mit den französischen Schrottlieferanten haben nach polnischen Blättern zu dem Ergebnis geführt, dass aus Frankreich Lieferungen in einer vorläufigen Gesamthöhe von 30.000 t im Monat sichergestellt werden sind. Auch aus England hat man Schrottlieferungen aufgenommen. Demnach scheint die Versorgung der polnischen Industrie mit Schrott bis etwa Ende September gesichert, wenn man die starken Vorräte berücksichtigt, die Polen seit Beginn dieses Jahres aus Deutschland sich beschafft hat. Allerdings werden die französischen und englischen Lieferungen im Preis über den früheren deutschen liegen. Das Bestreben der polnischen Eisenindustrie geht deshalb dahin, bei der polnischen Staatsbahn Frachtmäßigungen für die Einfuhr zu erwirken.

Polen geringe Sparkraft. Polen steht hinsichtlich seiner Spareinlagen an letzter Stelle in Europa. Die Geldeinlagen in den staatlichen und privaten Banken einschließlich der Postsparkasse Polens erreichen kaum 200 Mill. Zloty, die Einlagen in 110 Sparkassen des Landes betragen kaum 70 Mill. Zloty, und selbst wenn die Gesamteinlagen Polens auf 300 Mill. Goldzloty geschätzt werden, beträgt der ganze Bestand an flüssigem Inlandskapital bei einer Bevölkerung von 30 Mill. 60 Mill. Dollar. Zum Vergleich sei angeführt, dass eine einzige von den fünf Londoner Grossbanken 1500 Mill. Dollar Spareinlagen hat. Die um die Hälfte kleinere Tschechoslowakei verfügt über 1 Milliarde Dollar Spareinlagen, das schwache Österreich besitzt 780 Mill. Schilling oder rund 1 Milliarde Zloty Spareinlagen und in Deutschland befinden sich die Einlagen auf über 2400 Mill. Gm. oder 5 Milliarden Zloty.

Die Leistung der polnischen Eisenbahnen im Mai betrug nach Angaben des Warschauer Verkehrsministeriums durchschnittlich 15.025 Waggons täglich, gegen 11.216 Waggons im Mai 1926 und 12.147 Waggons im Mai 1925. Die meisten Transporte entfallen auf Kohle, Koks und Briekits (4.421) es folgen Holz (1.802), Industrierzeugnisse (1.108), landwirtschaftliche und Approvisionstransporte (727), Getreide (265), Eisenbahnladungen (768), Heeresgut (117), Naphtha (207), Rohstoffe (286), Brennholz (241), Baumaterial (452) etc.

Märkte.

Getreide. Posen, 24. Juni. Amtliche Notierungen für 100 Kg. in Zloty.

Weizen	52.00—55.00	Sommerwicken	32.00—34.00
Roggen	48.00—49.00	Peluschen	31.00—33.00
Roggemehl (65%)	71.75	Weizenkleie	29.00
Roggemehl (70%)	70.25	Roggemehl	32.00—33.00
Weizengehl (65%)	80.00—83.00	Blaue Lupinen	22.50—24.00
Gerste	44.00—46.00	Gelbe Lupinen	23.50—25.00
Hafer	42.50—43.00	Tendenz: fallend.	

Warschau, 23. Juni. Notierungen der Getreide- und Warenbörsen für 100 kg fr. Ladestation: Pommerscher Roggen 675—681 gl. (115—116 f. hol.) 52.50, Kongress-Weizen 731 gl. (124 f. hol.) 60. Tendenz ruhig, Angebot ausreichend, Umsatz klein.

Kattowitz, 23. Juni. Exportweizen 58½—60, Inlandsweizen 55—58.50, Exportroggen 54.75—57.50, Inlandsroggen 50.75—53.25, Exportrohr 48.75—51.75, Inlandsfutter 44.50—47.50, Inlands- und Exportschwach.

Lemberg, 23. Juni. Gesucht sind gute Sorten Roggen und Hafer. Der Preis für Roggen hat etwas angezogen. Der Rest der Preise kann seinen alten Stand behaupten. Tendenz behauptet. Notiert wurde: Roggen (675 gr. Gewicht) 44.75—45.75 (660 gr. Gewicht).

Hamburg, 23. Juni. Notierungen für Auslandsgetreide, Cif Hamburg, in holl. Gulden für 100 kg. Weizen: Tendenz ruhig. Barusso per

Juli 14.60, August 14.65, Hardwinter I. 15.10. Gerste: Tendenz ruhig, donau-russische Juni 12.35, Juli 12.10. Malting Barley (48 lbs) 12.40. Roggen: Tendenz ruhig, Western Rye I. 12.60, II. 12.50, südrussischer 13.53. Mais: Tendenz ruhig, donau-besaar. August 8.30, La Plata Juni bis Juli 8.32½, August 8.40. Hafer: Tendenz ruhig, Whiteclipped II. 10.10, Unciplipped Plata Juni 10.10, Juli 10.20. Weizenkleie (in Schilling für 1000 kg) Pollards 132, Bran 127, Tendenz ruhig, La Plata per Juli 19.20, August 19.35.

Produktbericht. Berlin, 24. Juni. Der hiesige Markt blieb von der amerikanischen Baissebewegung ebenso wie der Liverpooler Markt nicht überführt. Die Cifofferten lauteten sowohl für Weizen als auch für Roggen niedriger, von Geschäften war für die Berichtsabfassung nichts zu hören. Das inländische Brotgetreideangebot hat sich etwas verstärkt. Im Weizenlieferungsmarkt war die Julisicht auf Grund der nachgiebigen Cifpreise 1½ Mark abgeschwächt, die Herbstsichten vermochten ihren Preisstand dagegen zu behaupten. Roggen war für alle Sichten um etwa 1 Mark abgeschwächt. Das Mehlgeschäft stockt fast völlig, und auch heute bei ermässigten Preisen ist der Absatz sehr schwierig. In Hafer und Gerste blieb das Angebot klein, ohne dass die von der Provinz geforderten Preise durchzusetzen waren.

Berlin, 24. Juni. Getreide- und Oelsäaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen: Juli 292—292.5, Sept. 273.5, Oktober 273. Tendenz ruhig. Roggen: märk. 273—275, Juli 259.5—260.5, Sept. 233.2 bis 234. Oktober 234. Tendenz matter. Gerste: Sommergerste 240 bis 274. Tendenz still. Hafer: märk. 250—257, Juli 221.5, Sept. 202. Tendenz matter. Mais: 188—190. Tendenz still. Weizengehl: 37—39. Roggenmehl: 35—39. Weizenkleie: 14.5. Roggenkleie: 17. Viktoria-erbsen: 43—55. Kleine Speiseerbsen: 27—30. Futtererbsen: 22—23. Peluschen: 20.5—22. Ackerbohnen: 21—23. Wicken: 22—24.5. Lupinen, blau: 14—16. Lupinen, gelb: 16—18. Rapskuchen: 15.4—15.8. Leinkuchen: 19.6—19.9. Trockenknödel: 12.6—13.2. Sojaschrot: 19 bis 19.6. Kartoffellocken: 33.5—34.

Chicago, 22. Juni. Getreidenotierungen in Cents für 1 bushel. Terminpreise: Weizen Juli 145½, September 142½, Mais Juli 100½, September 105½, Hafer Juli 48½, September 48, Roggen Juli 118½, September 104½; Preise loko: Weizen Hardwinter II. 149½, Hardwinter Sommer Nr. III. 148½, weisser Mais II. 102, weisser Hafer II. 51, Malting-Gerste 80—93.

Mehl. Bielitz, 23. Juni. Die Dampfmühle Neumann Sp. notiert für 100 kg: Weizen-Griesmehl 95, Weizengehl „000“ 94, „00“ Spez. 92, „00“ 90, „00“ 82, Weizenkleie 32, Roggenklei I. 80, Ia 78, WR 75, GM 70, II. 60, Futtermehl 39—40, Roggenkleie 32. Tendenz für Getreide behauptet.

Sosnowiec, 23. Juni. Getreidenotierungen in Cents für 1 bushel. Terminpreise: Roggenmehl 70%ig 73, Buchweizen 48. Tendenz ruhig.

Metalle und Metallwaren. Warschau, 23. Juni. Die Polska Cynkownia notiert folgende Preise für 1 kg fr. Waggon Station Warschau: Verzinktes Blech I. 20 Bogen in Bündeln 1.10, 22 Bogen in Bündeln 1.15 zl.

Neubruthen, 23. Juni. Getreidenotierungen in Cents für 1 bushel.

Termintypen: Weizen Juli 145½, September 142½, Mais Juli 100½,

September 105½, Hafer Juli 48½, September 48, Roggen Juli 118½,

September 104½; Preise loko: Weizen Hardwinter II. 149½, Hardwinter Sommer Nr. III. 148½, weisser Mais II. 102, weisser Hafer II. 51, Malting-Gerste 80—93.

Mehl. Bielitz, 23. Juni. Die Dampfmühle Neumann Sp. notiert für 100 kg: Weizen-Griesmehl 95, Weizengehl „000“ 94, „00“ Spez. 92, „00“ 90, „00“ 82, Weizenkleie 32, Roggenklei I. 80, Ia 78, WR 75, GM 70, II. 60, Futtermehl 39—40, Roggenkleie 32. Tendenz für Getreide behauptet.

Sosnowiec, 23. Juni. Getreidepreise für 100 kg loko Sosnowiec:

Roggemehl 70%ig 73, Buchweizen 48. Tendenz ruhig.

Metalle und Metallwaren. Warschau, 23. Juni. Die Polska Cynkownia notiert folgende Preise für 1 kg fr. Waggon Station Warschau:

Verzinktes Blech I. 20 Bogen in Bündeln 1.10, 22 Bogen in Bündeln 1.15 zl.

Neubruthen, 23. Juni. Getreidepreise für 100 kg loko Neubruthen.

Berlin, 23. Juni. Elektrolytkupfer, Lieferung sofort, Cif 122,

Remelt-Plattenzink üblicher Handelsgüte 53—54, Original-Hütten-

aluminium 98—99% 210—214, Reimnickel mind. 99% 340—350, Antimon Regulus 100—105, Silber ca. 0.900 in Barren 77½—78½ R.M. für 1 kg. Gold im Freihandel 2.80—2.82, Platin im Freihandel 7½—9 R.M. für 1 Gramm.

Baumaterialien, Wilna, 23. Juni. Grosshandelspreise loko Lager Wilna: Weisser Kalk 1, Sorte 6.50—7 für 100 kg, 2. Sorte 5.50—6,

Gips 15, normale Bauziegel 85 zl für 1000 Stück (einschl. Lieferung).

Hopfen. Warschau, 23. Juni. Im hiesigen Hopfenhandel herrscht fallende Tendenz. Das regelmässige Fallen der Preise ist unzweckhaft eine Folge des schlechten Interesses seitens der Brauereien, die genügend Ware auf Lager haben. Als weiterer Grund hierfür wird auch die nahende Hopfernte angegeben. Für 50 kg fertigen Brauhopfen wird loko Lager gezahlt: Prima A 100 Dollar, Prima B 75.

Szczecin, 23. Juni. Elektrolytkupfer, Lieferung sofort, Cif 122,

Remelt-Plattenzink üblicher Handelsgüte 53—54, Original-Hütten-

aluminium 98—99% 210—214, Reimnickel mind. 99% 340—350, Antimon Regulus 100—105, Silber ca. 0.900 in Barren 77½—78½ R.M. für 1 kg. Gold im Freihandel 2.80—2.82, Platin im Freihandel 7½—9 R.M. für 1 Gramm.

Häute. Graudenz, 23. Juni. Am hiesigen Häutemarkt wird für 1 kg gezahlt: Rindshäute 2.20, Schafshäute 2—2.10, Kalbshäute 10 bis 13, Rossshäute 25—30 zl je Stück. Tendenz behauptet.

Bielitz, 23. Juni. Am hiesigen Häutemarkt herrscht feste Tendenz. Gezählt wird loko Schlachthaus für Rindshäute 2.30, Kalbshäute 3.25 zl für 1 kg frisches Gewicht. Rossshäute sind bei kleinem Angebot rege befragt und werden mit 3 bis 4 Dollar je Stück notiert.

Vieh und Fleisch. Posen. Offizieller Marktbericht der Preisnotierungskommission vom 24. Juni. Es wurden aufgetrieben: 46 Rinder, 4

Radiokalender.

Rundfunkprogramm für Sonnabend, den 25. Juni

Posen (270,3 Meter). 14: Vorles. 17.15—18.35: Nachmittagskonzert. 18.35—18.50: Beiprogramm von Fr. Ryl vom Teatr Polski. 18.50—19.15: Autodidaktische Ratschläge. 19.15—19.35: Wirtschaftliche Mitteilungen. 19.35—20: Dr. Wozikowski: "Slowacki in Posen." 20—22.15: Leichte Abendunterhaltung. 22.15: Körberichte. 22.30—24: Tanzmusik.

Warschau (1111 Meter). 16.35—17: Vortrag. 17.15: Nachmittagskonzert. 19.10—19.35: Funknachrichten. 19.35—20: Die Spiegeln im täglichen Leben. 20.30: Abendkonzert. 22.30—23: Tanzmusik aus dem Restaurant Ryd.

Berlin (483,9 u. 566 Meter). 12.30: Viertelstunde für den Sonnwend. 16: Der Schachspieler und der Pädagoge. 17—18: Rassel-Geb. Steiner. 19.35: Geschichte der russischen Literatur. 20: "Die verjüngte Glocke." Drama von Gerhart Hauptmann. 22.30: Tanzmusik.

Breslau (315,8 Meter). 10: Eröffnung der Deutschen Gartenbau- und Schles. Gewerbeausstellung 1927. Übertragung aus Biegnitz. 16.30—18: Unterhaltungskonzert. 20.15: Lommel-Abend. 21.15—24: Mit dem Metro durch Breslau. Leben und Treiben auf dem Johannistest.

Königswusterhausen (1250 Meter). 14.50—15.15: Französisch für Anfänger. 15.15—15.40: Französisch für Fortgeschritten. 15.40: Wetter, Vorles. 16—16.30: Esperanto. 16.30—17: Die Tagung "Volkstunde". 17—17.30: Unbekanntes aus dem Reiche des Poj. 17.30—18: Feierstunden des Arbeiters. 18—18.30: Menschen. 18.30—18.55: Wissenschaftl. Vortrag für Tierärzte. 18.55 bis 19.45: Wesen und Grenze der einzelnen Kunstsäume. 20.30: Übertragung aus Berlin.

Langenberg (468,8 Meter). 13.05—14.30: Mittagskonzert. 16—16.30: Das lebende Volkslied im niedersächsischen und bergischen Lande. 17.30—18.30: Orchesterkonzert. 20—21.15: Kammermusik. 21.45: Lustiger Abend. Anschließend bis 1: Tanzmusik.

Wien (517,2 u. 577 Meter). 11: Vormittagsmusik. 16: Nachmittagskonzert. 16: Graz. Kapelle Hüttl. 17.05: "Die Verlobung per Radio." 20.05: Konzert des Wiener Sinfonieorchesters.

Rundfunkprogramm für Sonntag, 26. Juni.

Posen (270,3 Meter). 12—12.25: Dembicki: Die polnische Landwirtschaft und die Weltlandwirtschaftskrise. 12.25—12.50: Dr. Basenek: Ausrottung des Unkrauts auf Feldern und Weiden. 15.30—17: Übertragung aus Warschau. 17.05—17.30: Emilie Sozaniecka und die vornehmen Frauen des 19. Jahrhunderts. 17.35—18.35: Verschiedenes. 18.50—19.15: Vortrag. 19.15—20: Kinderstunde. 20—20.15: Bericht der Liga für Abwehr von Luftangriffen. 20.15 bis 22.15: Konzert. 22.15—22.30: Sport. 22.30—24: Tanzmusik aus dem Palais Royal.

Warschau (1111 Meter). 10.15: Übertragung aus dem Posener Dom. 12: Wetter, Presse. 18.45: Landwirtschaftl. Vortrag. 14.10: Landwirtschaftl. Vortrag. 14.55: Landwirtschaftliche Nachrichten. 15.30: Konzert aus dem Café Dolina Szwejarska. 17: Feier beim Eintritt der Asche Jules Slowackis.

Berlin (483,9 u. 566 Meter). 6.30—8: Frühkonzert des Musikcorps des 3. Bataillons Inf.-Regts. Spandau. 9: Morgenfeier. 11.30—12.50: Artur Guttmanns Ufa-Sinfoniker. 17—18.30: Kapelle Gerhard Hoffmann. 20.30: Berliner Sonntag. 22.30: Tanzmusik.

Breslau (315,8 Meter). 8.30—9.30: Morgenkonzert des Gem. Chors Einigkeit. 11: Evangelische Morgenfeier. 12: Kammermusik. 18.30—19.30: Das Trincklied in der Oper. 20.10—21: Leben und Treiben auf dem Johannistest. 21—22: Konzert aus der Schleiferebaude. 22.30—24: Neue Schlager.

Königswusterhausen (1250 Meter). Ab 6.30: Übertragung aus Berlin. 16—16.30: Übertragung aus Hamburg. 17—19.30: Übertragung aus Berlin.

Langenberg (488,8 Meter). Evangelische Morgenfeier. 11—11.15: Eine Viertelstunde über Goethe. 11.50—12.45: Orgelfestival. 13—14.30: Mittagskonzert. 15—15.30: Schach. 16.45—17.30: ? 17.30—18.30: Teemusik. 20.30: Leichte Musik. Anschließend bis 24: Tanzmusik.

Wien (517,2 u. 577 Meter). 10: Chorvorträge der Wiener Sängerbabes. 11: Konzert des Wiener iSinfonieorchesters. 16: Operettentheater. 19: Kammerabend. 20: "Jugendfreunde." Lustspiel in 4 Akten von Ludwig Fulda.

Schluss des redaktionellen Teils.

Spielplan des "Teatr Wielli".

Freitag, 24. Juni: "Borys Godunow." (Crm. Preise) Sonnabend, 25. Juni: "Die Verde." Sonntag, 26. Juni: "Cavalleria Rusticana" u. "Bajadé." Montag, 27. Juni: "Die Tochter des Regiments." Bis 5 Uhr nachm. an Wochenenden im Teatr Polski von 10 Uhr vorn. Vorverkauf an Feiertagen im Teatr Polski von 10 Uhr vorn. von 11½—2 Uhr. Nach Beginn der Vorstellung wird niemand eingelassen.

Radio-Bücher!

Sogleich lieferbar.

Wir empfehlen zur Anschaffung:

Hanns Günther, Der praktische Radio-Amateur, geb.	6.50 Gold.
" " Radio-Experimente, geb.	5.60
" " Der Empfang kurzer Wellen, geb.	3.60
" " Wo steht der Fehler, geb.	6.50
" " Bastelbuch für Radio-Amatoren, geb.	7.50
" " Bastelbuch, Wegweiser für Handfertigkeit.	
" " Spiel und Arbeit, geb.	4.—
Hanns Günther, Radio für Anfänger, geb.	5.60
Nestel, 44 neue Schaltungen.	1.50
Denker, Was muss der Rundfunkteilnehmer von der Rundfunktechnik wissen, geb.	4.—
Nesper, Nehmenschlußgeräte, geb.	4.80

1 Goldmark = 2.20 złoty, nach auswärts mit Porto zusätzl.

Zu beziehen durch die Buchhandlung der

Druckaria Concordia Sp. z o. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Kino Renaissance, Kantaka 8—9.

Heute und folgende Tage:

Lustige Komödie unter dem Titel
"Eine temperamentvolle geschiedene Frau".

Dampfmaschine

50 PS, wie neu, billig abzugeben. G. Scherle, Poznań, ul. Dąbrowskiego 93.

Intellig. jüb. Herr (Rathmann aus Lobs) will sich die Bekanntschaft einer verhinderten jüb. Dame im Alter bis 50 Jahre. Diese Ehrenwort. Off. a. Ann. Cr. Kosmos Sp. z o. o. Poznań, Zwierzyniecka 6, unter 127.

Radio!

Trotlit, kg 14—zl. Billige Einkaufsquellen für Radioteile. Teure. Neueste Teile fests am Lager. Witold Stajenski, Poznań, Stary Rynek 6.

Wirtschaft,

47 Morgen, mit etwas geringerem Preiswert zu verkaufen. Berthold Rau, Gola, Poznań, Antoniewice, pow. Wolsztyn.

Meinst. Fräulein sucht Stell. als Stütze, im Weizähnchen bewandert, zu einem älter. fränk. Dame. Offerten an Ann. Cr. Kosmos, Sp. z o. o. Poznań, Zwierzyniecka 6, unter 1270.

20 jähr. jung. Mann, für Confession, sucht Stellung als

Bolontár

in einem Getreidegeschäft bei freier Station mit etwas Lohngehalt. Gefl. Off. a. Ann. Cr. Kosmos Sp. z o. o. Poznań, Zwierzyniecka 6, unter 1271.

Stütze,

im Weizähnchen bewandert, zu einer älter. fränk. Dame. Offerten an Ann. Cr. Kosmos, Sp. z o. o. Poznań, Zwierzyniecka 6, unter 1270.

Der beste Entrahmer!

Landwirtstochter, 25 Jahre alt, sucht per sofort Stellung als

Göricke

machen wir für Sie. Wenden Sie sich an uns.

Kosmos

Poznań, Zwierzyniecka 6, Telefon 6823.

Neueröffnung der I. Abteilung der Gastronomia A. Restaurant, Kaffee, Wein- und Bierstuben Poznań, ulica Wrocławska 38.

Nach Übernahme des gastronomischen Unternehmens der I. Abteilung der Gastronomia in der ulica Wrocławska 38 auf eigene Rechnung habe ich in den Lokalen eine gründliche Renovierung durchgeführt und eröffne diese am Sonnabend, den 25. d. Mts., um 2 Uhr nachm.

Meine langjährige Praxis in gastronomischen Unternehmen im In- und Auslande bürgt dafür, daß ich sämtlichen Ansprüchen gerecht werden kann.

Mein äußerstes Bestreben wird es sein, meine w. Gäste sorgfältig zu bedienen, indem ich sachgemäße und befriedigende Bedienung zusichere. Gleichzeitig empfehle ich meine bekommliche und schmackhafte bürgerliche Küche und erstklassige, gutgepflegte Getränke.

I. V. des Vorstandes M. Brencz.
Wincenty Nomici.

Empfehl! Zur Saison Empfehl!

Luftgewehr
Teschling's
Flobert und Re-
volvermunition



Automatische
Pistolen
Revolver

Ausführung sämtlicher Reparaturen. Telephon 2664.
Max Wurm, Poznań, Wjazdowa 10 a.

Waldrestaurant Tejory

am Gorla - See, Bahnhofstation Budwitsko.

Schönster Ausflugsort

für Schulen und Vereine.

Boote und Wasserräder stehen den geehrten Gästen zur Verfügung
Gute Speisen und Getränke zu soliden Preisen.

Drahtgeflechte
4- und 6-eckig
für Gärten und Geißelgarten
Drahtseile „Stacheldrähte“
Preisliste gratis
Alexander Maennel
Fabryka ogrodzeń drucianych
Nowy Tomyśl 5 (Woł. Pozn.)

Cordis

das sprudelnde Fichtennadel-

Kohlensäurebad

gegen Herzleiden, Neu-
rasthenie u. Rheumatismus



Entfettungsbad

(Jod, Eisen, Sole).

Unschädliche Gewichtsabnahme.
Man befrage den Arzt.

Sie können nicht
Einschlafen
ohne die nervenberuhig.

Abietin

Fichtennadelbadtabletten

Von verblüffend Wirkung
a. d. gesamte Nervensystem

Erhältlich in Apotheken,

Drogerien, Parfümerien

oder durch Industriewerke.

Karl Schopper A.G., Bielsko.



Sander & Brathuhn, Poznań
ul. SEW-Mielzyńska 23 TELEF. 4019

Gute Hausmannskost

genießt man zu Mittag und
Abendbrot zw. Marcin 57,

1. Etage, Privatmittagsausgabe

Mädchen

sucht Stellung im Geschäft

oder Haushalt. Off. a. Ann.

Exped. Kosmos Sp. z o. o., Poznań,

Zwierzyniecka 6, unter 1229.

Junges Mädchen

sucht Stellung im Geschäft

oder Haushalt. Off. a. Ann.

Exped. Kosmos Sp. z o. o., Poznań,

Zwierzyniecka 6, unter 1229.

Einen eisernen

Geldschrank

soll zu kaufen gesucht.

Angeb. an Ann. Cr. Kosmos

Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6, unter 1229.

Angeb. an Ann. Cr. Kosmos

Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6, unter 1229.

Angeb. an Ann. Cr. Kosmos</p